

die Aufhebung der geistlichen Orden, stellte die Staatsleistungen für alle Kleriker ein, die sich nicht fügten zc. Aber obgleich die Kirche unter den Strafen des Staates schwer litt — die meisten deutschen Bistümer und Hunderte von Pfarrstellen waren unbesezt —, blieb die Widerstandskraft des katholischen Volkes ungebrochen, und das Ende des Streites war nicht abzusehen.

4. Der Abbruch des Kulturkampfes.

a. Die Momente, die Ende der siebziger Jahre eine allmähliche Milderung der Gegensätze herbeiführten, waren im wesentlichen folgende.

α. Die schweren Schädigungen des kirchlichen Lebens, die aus dem Kulturkampf erwachsen waren, berührten zwar die klerikale Partei, der sie das beste Agitationsmaterial lieferten, wenig, dem Staate aber mußte die damit verbundene Gefahr einer Entfremdung der katholischen Bevölkerung vom nationalen Gedanken bedenklich erscheinen.

β. Die durch den Umschwung in der Wirtschaftspolitik herbeigeführte Abkehr der Regierung vom Liberalismus, der Umstand, daß sich die neue Schutz- und Finanzpolitik des Fürsten Bismarck auf eine konservativ-klerikale Parlamentsmehrheit stützen mußte, zwang den Staat in den strittigen kirchlichen Fragen zur Nachgiebigkeit.

γ. Auch die Schwierigkeiten, die dem Kanzler durch die dauernden Anfeindungen der Konservativen, durch die Gegenwirkungen der Kaiserin Augusta und durch die Abneigung des Kaisers gegen die kulturkämpferischen Maßregeln bereitet wurden, mögen wohl nicht ohne Einfluß auf seine Entschlüsse geblieben sein.

δ. Der Personenwechsel, der sich 1878 am Heiligen Stuhle vollzog, erleichterte die Möglichkeit einer Verständigung; der neue Papst, Leo XIII., war zwar nicht weniger auf die Erhöhung der päpstlichen Gewalt bedacht als sein fanatischer Vorgänger, aber seine geschäftsklugere, verbindlichere Art bot dennoch die Aussicht auf das Zustandekommen eines friedlichen Ausgleichs.

b. Schon im Juni 1875 hatte Bismarck durch den Erlass eines Gesetzes über die Vermögensverwaltung der katholischen Gemeinden, das den sügsamen Bischöfen das Aufsichtsrecht über die von den kirchlichen Körperschaften ausgeübte Vermögensverwaltung zusprach, eine künftige Verständigung vorbereitet. — 1878 vermittelte der bayrische Graf Hohnstein die ersten Annäherungsversuche mit der Kurie. Zwar führten die Unterhandlungen Bismarcks mit dem Nuntius von München (Masella) infolge der übertriebenen Forderungen Roms zunächst noch zu keinem Ergebnis, aber die Entlassung des liberalen Präsidenten des preussischen Oberkirchenrats (Dr. Herrmann) hatte doch schon deutlich erkennen lassen, daß die Regierung in konservative Bahnen einzulenken begann.

c. Die stärker hervortretenden partikularistischen Tendenzen des Zentrums, denen Bismarck durch unmittelbare Verständigung mit der Kurie das Wasser abzugraben gedachte, führten zu neuen Unterhandlungen mit Rom (Kardinal Jacobini, Gastein und Wien 1889). Aber da der Kardinal auf der Aufhebung der Majeetze bestand, blieb das Ergebnis abermals aus, und auch das Eingreifen Leos XIII., der in einem Breve von 1880 der Regierung das Zugeständnis machte, daß die Bischöfe die Namen der anzustellenden Priester anzeigen sollten, führte nicht zum Ziele.

d. Da beschloß Bismarck, den Frieden ohne Vereinbarung mit dem Papste und dem Zentrum auf dem Wege staatlicher Gesetzgebung herzustellen. Der Kultusminister Falk, der diese Wendung nicht mitmachen wollte, war schon im Juli 1879 zurückgetreten; sein streng konservativer Nachfolger